

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitstage 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 11

Duisburg, den 12. März 1921

22. Jahrgang

Grundprobleme der Sozialisierung

III.

Voraussetzungen der Wirtschaft und unsere Auffassung.

Jede gesunde Wirtschaft ruht auf zwei Säulen, auf dem der wirtschaftlichen Freiheit und dem des sozialen Gedankens. Obwohl sie Gegensätze sind, stützen sie auf ihre Art, indem sie ihre Wirkungen ausgleichen, einen anderen. Das ist das Idealbild, das ein Wirtschaftsleben, wenn es der Vollkommenheit zustreben will, zu erreichen bemüht sein sollte. In Wirklichkeit herrscht das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit, das unbeschränkte Materialen und Verfügungen im Wirtschaftsleben. Das vom wirtschaftlichen Eigennutz geleitete Handeln mußte aus Naturnotwendigkeit die Schranken zerkleinern, die das Recht des Nebenmenschen umgeben, weil man das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit in einem Maße ausgedehnt hatte, daß der schärfste Kampf das oberste Gesetz des wirtschaftlichen Handelns geworden.

Damit kollidierte natürlich der soziale Gedanke,

der eine Eingengung der wirtschaftlichen Freiheit im Interesse des Nebenmenschen forderte, er verlangte Eindämmung der unbeschränkten Macht. Unsere Zeit hatte, wie kaum eine zweite, in der Geschichte die Idee der wirtschaftlichen Freiheit ihrer Verwirklichung entgegengekehrt. Demgegenüber erwachte der lebendige soziale Gedanke erst spät, und wenn einzelne heroische Kämpfer in der Wüste auch erstanden, wie der Engländer Carlyle, die Träger des modernen sozialen Gedankens wurden die Arbeiter- und die Gewerkschaftsbewegung. Sie erkannten, daß der soziale Gedanke eine Notwendigkeit in unserem Gesellschaftsleben geworden war, daß ein Wirtschaftsleben nicht haltbar ist, wenn jeder nur seinen eigenen Nutzen sucht, den Nebenmenschen unter die Füße tritt, wenn alles aufeinanderstrebt, statt ineinander zu leben. Sie erkannten und kämpften dafür, daß die Allgemeinheit für den wirtschaftlichen Schwachen eintrat, daß der wirtschaftlich Schwache sein Recht zum Leben als Kulturmenschen hat wie jeder andere auch und nicht von den Mächtigern der modernen Wirtschaftsmaschine verdrängt werden darf, daß ferner die Allgemeinheit, Staat, Gesellschaft dort in das Wirtschaftsgebiet eingreifen muß, wo allgemeines Interesse auf dem Spiele stehen, die nicht den privaten Interessen untergeordnet werden dürfen.

Man wird dem gegenüber halten, daß die wirtschaftliche Freiheit erst den Aufstieg unseres Wirtschaftslebens ermöglichte, daß, erst nachdem die wirtschaftliche Freiheit die Fesseln der Zünfte und obrigkeitlichen Hemmung gebrochen hatte, ein solcher riesenhafter Aufschwung möglich war, der es fertig brachte, daß in den Ländern, wie Engels sagt, wo die freiwirtschaftliche Wirtschaftsordnung herrscht, eine doppelt so große Anzahl Menschen sich doppelt so gut kleiden, nähren und leben können.

Darin haben die Verteidiger des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte, an ihrer Spitze Adam Smith, durchaus recht: Erst die Verwirklichung der wirtschaftlichen Freiheit schuf die Grundlage, das Fundament für den wirtschaftlichen Fortschritt, den uns das 19. Jahrhundert brachte.

Über alles das Große, was die wirtschaftliche Freiheit zustande brachte, kann nicht den einen Punkt verfahren, daß die wirtschaftliche Freiheit allein nicht in der Lage ist, die menschliche Gesellschaft im Zustande des Gleichgewichts zu halten. Sie zerreißt die menschliche Gesellschaft auf die Dauer genau so in kleine Teile, wie der kommunistische Sozialismus auch, weil sie den sozialen Gedanken vollständig ignoriert.

Die Wirtschaft der Gemeinschaft ist das große Ziel, dem die Menschheit zustreben muß, wenn sie ihren Kulturwillen voll entfalten und ihren Kulturzweck erfüllen will.

Nun kann aber die Idee der Gemeinschaft nicht derart eng umgrenzt werden, daß sie die Kräfte der Persönlichkeit lähmt. Das Individuum muß auch in der Gemeinschaft seine Fähigkeiten und den Drang nach Schaffen so auswirken können, daß dadurch die Gemeinschaft gefördert wird. Über seine Ziele dürfen denen der Gemeinschaft nicht Abbruch tun. Nun ist es zwar schwer zu entscheiden, welche Ziele der Gesamtheit schädlich sein könnten, denn der oberste Richter ist die Gesamtheit, aber nicht das Individuum. Es kann aber Fälle geben, wo die Seherkraft und die Intuition des Individuums größer, weiter und daher zukunftsgestaltender wirken kann, als der Blick der Gesamtheit, die oft von den Strömungen des Tages und nicht minder auch von Schlagworten abhängig ist. Das dürfte immer dann in die Erscheinung treten, wenn epochale Erfindungen das Wirtschaftsleben einen Aufschwung stößen — nehmen wir die Einführung der Textilmaschinen an Stelle des alten Handspinnes —, wo dann infolge dieser Erfindungen sich zunächst Störungen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, die vielleicht längere Zeit anhalten, um dann den beteiligten Kreisen, auch der Arbeiterklasse, einen größeren Aufstieg zu ermöglichen, als es vorher der Fall war. Wird in solchen drängenden Situationen der Geist der Gesamtheit soweit blicken als das Individuum?

Wir sind alle überzeugt und wir wissen, daß die deutsche Arbeiterschaft einen bedeutenden Anteil am Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens hat und daß ihrer Hände Kraft die Tore

der Weltmärkte mit aufreißt. Ebenso einleuchtend ist es aber auch, daß die Größe der persönlichen Genialität der Industriekapitäne, Techniker und Ingenieure die Sturmbrüche gegen die Mauern des Weltmarktes ersann, der bis vor dreißig Jahren dem deutschen Volke fast verschlossen war.

Die Sozialisierung der Wirtschaft darf daher die individuellen Kräfte nicht auffaugen: sie muß ihr die Grenzen der Betätigung soweit hinausziehen, daß Gesamtwirtschaft und individueller Arbeitsdrang sich in Parallele ergänzen. Auf diesem Boden lassen sich die beiden Elemente

soziale Pflicht und verantwortungsvolle Freiheit

aufbauen, deren wechselseitige Stärke die neue Wirtschaft beleben kann. Die Sozialisierung unter Bindung individueller Kräfte würde zwar dem philosophischen System der Sozialisierung näher kommen, dafür aber der Wirtschaft erheblichen Abbruch tun. Denn eine Sozialisierung, die sich selbst als höhere wirtschaftliches Prinzip sieht, ohne dem Individuum den zur Eigenbetätigung notwendigen Raum zu gewähren, muß damit rechnen, daß die Kräfte, die in ihr arbeiten, auf die Dauer indifferent, gleichgültig, ohne Ansporn und Interesse werden.

Diese Momente: Soziale Pflicht, verantwortungsvolle persönliche Freiheit und wirtschaftliche Freiheit, soweit sie dem Wohl der Gemeinschaft förderlich ist, persönliche Initiative und allgemeine Betätigung, müssen zu einem Großen zusammengeschmolzen werden, wenn wir eine sozialisierte Wirtschaft aufbauen wollen, die nicht aus Paragrafen und Büchern, sondern aus dem lebendigen Volksschlag wirtschaftlichen und bürgerlichen Seins geboren wird, die sich stützen muß auf eine starke stilles Empfindung und Auswirkung.

Wenn wir unsere Stellungnahme zur Gemeinwirtschaft präzisieren, so müssen wir unter allen Umständen fordern, daß alle Produktionsmittel im höchsten gesamtwirtschaftlichen Interesse des Volkes so rationell und so vollständig wie möglich ausgenutzt werden, unter gleichberechtigter, vollwertiger Mitbestimmung und dann auch dementsprechender Mitbestimmung und Mitverantwortung aller in der Produktion Beteiligten.

Wenn der Begriff Sozialisierung nichts weiter in sich schließen würde, als den Übergang des Produktionsbegriffes von einer juristischen Person auf eine andere, in diesem Falle von dem Unternehmer auf die Volksgemeinschaft, so würde diese Form den Begriff Sozialisierung überhaupt nicht erschöpfen, sondern es wäre lediglich eine Verstaatlichung.

Die Sozialisten, die darin schon eine Sozialisierung sehen, verkennen den viel tieferen Sinn des Begriffes Gemeinwirtschaft und bleiben an äußerlichen wirtschaftsformellen Umänderungen haften, ganz abgesehen davon, daß verstaatlichte Industrien wirtschaftlich nicht zur Nachahmung anregen infolge ihrer geringeren rationalen Arbeitsmethoden und weil auf sie die Entente zuerst die Hand legen würde.

Nur eine

neue Wirtschaftsform

in höchster Ausnutzung der Produktionsmittel, durch verantwortungsvolles Mitarbeiten aller Beteiligten, das jedem die gebührende Stellung in der für gesamtwirtschaftlichen Interesse schaffenden Arbeit anweist, nur eine solche Wirtschaftsform trägt die moralische Rechtfertigung für Eingriffe in die bestehende Rechtsordnung in sich. Treffend sagt der Bericht der Sozialisierungskommission:

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands kann die Zukunft des deutschen Volkes nur auf der zielbewußten Zusammenfassung seiner physischen und wirtschaftlichen Kräfte gewährleistet werden. Eine Konzentration dieser Kräfte ist notwendig, denn dem deutschen Volke sind nur die Menschen der gelägerten und überflüssigen Arbeit und seine Produktionsmittel geblieben. Es muß nach Wegen gesucht werden, die eine Zusammenfassung der physischen und wirtschaftlichen Kräfte gewährleisten. Die Arbeit muß rationeller, die Ergebnisse der Arbeit hochwertiger gestaltet werden, und es ist den breitesten Kreisen des Volkes durch die finanztechnische Konstruktion der Gesellschaftsformen die Möglichkeit zu schaffen, sich an den Unternehmungen Deutschlands zu beteiligen.

Es ist sicher, daß ohne die Arbeitsteilung zwischen freier Führerarbeit und ausführender Arbeit und ohne Disziplin in der Gestaltung und im Handel keine Produktion gedeihen und gefördert werden kann. Dagegen kann die ausführende Arbeit nur dann Erfolg versprechen, wenn die sie ausführenden sich der weitgehenden gesamtwirtschaftlichen Ziele bewußt sind, die der Endzweck jeder Arbeit sein müssen. Nur einheitsvolles Zusammenarbeiten im Betriebe kann zum Ziele führen;

der Mensch ist Subjekt, nicht Objekt der Wirtschaft

Bei einer Wirtschaft, die wie die deutsche, auf höchste Qualität eingestellt sein muß, wenn sie im Wirtschaftskampfe bestehen will, müssen alle Stimmungen, die einer Wirtschaft hindernd oder fördernd sind, vollkommen in Betracht gezogen werden. Eine sozialisierte Wirtschaft darf kein starres gebundenes Körper sein, sondern elastisch den Wirkungen des Weltmarktes sich anfügen und vor allen Dingen nicht nachgeben, sondern vorbestimmend im Wirtschaftsbetriebe sein. Deshalb ist das Problem Sozialisierung auch nicht zu lösen auf dem Boden eines Dogmas, wie es der Marxismus tun will, sondern nur im Leben und im Kreislauf des wirt-

schaftlichen Seins, dessen individuell treibende Kräfte zusammengeführt und dienstbar gemacht werden müssen im Rahmen des Gesamtinteresses durch das Gemeinschaftsgefühl.

Gegen wir uns aber nicht der Täuschung hin, als ob das im Handumdrehen von heute auf morgen zu erreichen wäre oder gar durch einen Federstrich der jeweilig herrschenden Gewalten. Das gäbe genau so einen künstlichen Zusammenbruch wie in Rußland auch. Unter wirklicher Aufsicht kann nur liegen im Erfassen mehrer Gemeinmens. Dazu müssen wir zur Neuordnung unserer Wirtschaft hinstreben.

Sohn und Materialpreise

Die Zeitschrift der Betriebe, herausgegeben vom Verein deutscher Ingenieure, bringt in ihrer Nr. 3 vom 10. Novbr. 1920 eine sehr interessante Feststellung über die Abhängigkeit und den Einfluß einer Lohn- und Materialpreiserhöhung auf die Herstellungskosten. Der Verfasser des Artikels, Dr. Ing. Graßl, führt aus:

Der Anteil der Löhne an den Gesamtherstellungskosten, der in der Vorkriegszeit 18,5 bis 32 v. H. betrug, ist in der Kriegszeit auf 2,5 bis 9,4 v. H. gefallen und wird bei den größeren Abmessungen (gemeint sind größere Herstellungsgegenstände) sogar noch wesentlich weiter heruntergehen. Eine Verringerung in dem Lohnaufwand von 10 v. H. beeinflußt demnach die Herstellungskosten nur noch etwa ein Fünftel bis ein Sechstel so viel, wie vor dem Kriege (1), während umgekehrt eine zehnprozentige Verringerung des Materialaufwandes bereits einer acht- bis neunprozentigen Verringerung der Gesamtherstellungskosten gleichkommt.

Als Beispiel bringt er die folgenden Tabellen aus der Praxis. Es handelt sich um eine Blechfabrik.

	1913	Prozent der Erträge 1913	9. 4. 1920	Prozent der Erträge 1920
Material	3 35	20%	173.40	73.0%
Lohn	5.30	32%	21.20	9.4%
150 Prozent Unkosten . .	7.95	48%	31.80	13.7%
Gesamterzeugungskosten	16 60	100.0%	231.40	100.0%

	22.95	93.5%	124.00	91.5%
Material	22.95	93.5%	124.00	91.5%
Lohn	8.00	18.5%	32.00	2.5%
150 Prozent Unkosten . .	12.0	29.0%	48.0	3.0%
Gesamterzeugungskosten	42.95	100.0%	134.00	100.0%

Wenn auch diese Zahlen nur einen Ausschnitt darstellen und nicht so stark verallgemeinert werden können, so zeigt sich doch fast überall in der Industrie, daß einer Steigerung der Löhne um das Vierfache eine Steigerung der Materialpreise rund um das Fünffache gegenübersteht. Wären die Löhne damals selbst um das 10fache gegenüber der Friedenszeit erhöht worden, so hätte der Lohnanteil erst 17 v. H. der Selbstkosten betragen, also immer erst die reichliche Hälfte von dem Prozentsatz des Jahres 1913. Dabei handelt es sich nur um die Selbstkosten des Unternehmers. Rechnet man im Frieden mit einem Gewinn von 25 bis 50 Prozent und in der Kriegs- und Nachkriegszeit infolge des Warenmangels mit 50 bis 100 Prozent und mehr, so kann man ohne weiteres erkennen, wie die Preise zustande kommen.

Die Löhne spielen also durchaus nicht die ausschlaggebende Rolle, wie es nach dem Geschrei, das bei jeder Lohnforderung angestimmt wird, erscheinen mußte. Der Lohnaufbau beginnt in vielen Firmen bereits wieder ernstlich zu spüren, trotzdem von „Preisabbau“ in einem gewissen Umfange überhaupt noch nicht eingetreten ist.

Zur Lage der deutschen Industrie

Dr. v. d. Baum.

IV.

Die Folgen des Versailler Vertragswerks. — Europa als Wirtschaftseinheit. — Die Schwerindustrie. — Die Fertigungsindustrie.

Wortn befehlen nun in erster Linie diese einengenden Fesseln und drückenden Lasten des Versailler Vertragswerks? Bergegenwärtigen wir uns folgende Gesichtspunkte!

Wenn uns jemals zum Bewußtsein gekommen ist, eine wie stark Wirtschaftseinheit in letzter Linie doch Europa ist, so ist das heute gesehen, nachdem durch das Werk von Versailles diese Wirtschaftseinheit mutwillig zerrissen worden ist. Aufgabe der Friedenskonferenz wäre es gewesen, statt politische Grenzverschiebungen vorzunehmen und Völker weiter auseinander zu trennen, die Wirtschaftseinheit wieder herzustellen, vor allem auch durch die Bagatellierung Rußlands die Wirtschaftsmaschine Europas wieder in Gang zu

bringen. Man hat das aber nicht getan. Das Nachsehen ist dem Clemenceau sowie die „Geschäftlichkeit“ Lloyd Georges triumphierten über den hilflosen Ideologen Wilson und jenes, jenes durch den Krieg eingeleitete Chaos vergrößern, in welchem wir uns heute befinden.

Hat so das sogenannte Friedensdokument von Versailles den ursprünglichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindert, indem er über die Tatsache, daß Europa ein wirtschaftlicher Organismus ist, leichten Scheitern und schließlich Wiederaufbau. So hat es dadurch Deutschland insbesondere schwer dadurch getroffen, daß es seine Wirtschaftskontingenzen und Exportkontingente durch eine willkürliche Veränderung seiner Produktionsgrundlagen gänzlich verlor. Wertvollste gewerbliche und landwirtschaftliche Rohstoffe wurden Deutschland im Westen und Osten aus seinen Händen gerissen.

Die Transaktionen der Industrie aber sind Kohle und Eisen. Durch das Werk von Versailles sind diese Säulen in ihrem Fundament unterminiert worden. Am Saargebiet verloren wir rund 10 Prozent unserer Kohlenkohlenförderung. Das Saar-Kommen nimmt uns fernere 24 Millionen Tonnen. Dieses zusammen vermindert unsere bisherige Kohlenmenge um fast 30 Prozent. Verlieren wir auch noch das oberste Kohlengebiet, so verbleibe uns für unseren gesamten Kohlenbedarf nur mehr etwa 45 Prozent, also noch nicht die Hälfte unserer ehemaligen Erzeugung.

An Eisen erzogen förderte Deutschland einschließlich Ouremburg vor dem Kriege 35 Millionen Tonnen mit 10,5 Millionen Tonnen Eisenerz. Eingebüßt haben wir im Westen 28,4 Millionen Tonnen mit 8,1 Millionen Tonnen Eisenerz. Es verbleiben uns demgemäß 7,5 Millionen Tonnen Erz mit 2,1 Millionen Tonnen Eisenerz. Wenn demgegenüber 1919 die Hochofenerzeugung noch 6 Millionen Tonnen betragen konnte, statt 19,3 Millionen Tonnen im Jahre 1913, so war dies in erster Linie nur möglich mit Hilfe fremder Erze, die wir insbesondere aus Schweden und Spanien herbeischafften.

Auf weitere Einzelheiten des Versailler Vertragsvertrages einzugehen, würde zu weit führen. Erwähnt sei nur noch, daß unser Verkehrsweisen durch die Abgabe von 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen die schwerste Verunsicherung erfuhr. Der Verlust fast der gesamten Handelsflotte, eines großen Teils der Binnenschiffahrt und Fischereiflotte, nahm uns die Verkehrsmittel, die einst unserem und dem internationalen Wirtschaftshandel zur Verfügung standen. Mit dem Fortfall unserer Kolonien verschwanden die Stützpunkte unserer ehemaligen Weltwirtschaft.

Am entscheidendsten aber waren für die Lage unserer Gesamtindustrie und werden noch lange bleiben die starken Veränderungen, die in ihrer Kohlenbasis geschaffen wurden. Vor dem Kriege förderten wir im letzten Jahre rund 190 Millionen Tonnen Steinkohle. Wir führten ein vom Ausland dazu 11 Millionen Tonnen, führten aus rund 46 Millionen Tonnen. So daß uns für den Innenbedarf insgesamt blieb eine Menge von 156 Millionen Tonnen für Industriebedarf, Landwirtschaft und Hausbrand. Diese frühere Gesamtmenge von 156 Millionen Tonnen erfuhr durch den Krieg und die anschließende Revolution eine Gesamtverringering von nicht weniger als 82 Millionen Tonnen, davon 17 Millionen Tonnen, infolge der Währungsungen, 45 Millionen Tonnen infolge Anstufes durch verkürzte Arbeitszeit und 20 Millionen Tonnen Ausfall als Nachwirkung verringerten Stundentelungen infolge schlechter Kriegsernährung, heruntergewirtschafteten technischen Erzeugungapparates usw.

So verringerte sich denn zu Anfang 1919 die Kohlenmenge, die uns zur Verfügung stand, für unsere Gesamtwirtschaft auf etwa die Hälfte. Heute dürfen wir die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß sowohl Einzelleistungen, wie Gesamtfördermengen im Kohlenbergbau, dank der Überarbeit der Bergknappen, sowie deren Blick für unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten in erfreulicher Weise im Steigen begriffen sind. Aber immerhin bleibt das Gesamtkohlenangebot noch stark zurück hinter dem Bedarf, den unsere Fertigungsindustrie auch heute noch hat. Wichtige Fertigungsindustrien können heute infolge Kohlenmangels bei weitem nicht die Erzeugung aufnehmen und den Beschäftigungsgrad wiedergewinnen, zu der sie an sich sehr wohl fähig wären und den sie vor dem Kriege gewohnt waren.

Auf dem Gebiete der Eisenindustrie betrug, wie gesagt, 1919 die Erzeugung nur 6 Millionen Tonnen Hoheisen, statt 19,3 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Dagegen würden unsere Hüttenwerke bei voller Ausnützungsmöglichkeit heute nach Wegfall der Lehrlingswerke zu einer Erzeugung von 12 Millionen Tonnen noch fähig sein. Auch die Erzeugung sogenannter Sparmetalle, wie Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Zink und Zinn ging zurück. Der Hauptgrund war die mangelnde Versorgung mit Kohle.

Ganz besonders litt unter Kohlenmangel im Jahre 1919 die chemische Industrie, und zwar besonders deshalb, weil die Kohle hier nicht nur Brennstoff, sondern auch unmittelbarer Rohstoff ist. Große Teile der chemischen Industrie haben monatelang still gelegen. Dieses Daniederliegen der chemischen Industrie war besonders nachteilig für uns, weil die chemische Industrie schon vor dem Kriege eine außerordentlich starke Exportindustrie war — für fast 1 Milliarde Goldmark chemischer Erzeugnisse wurden im letzten Jahre vor dem Kriege ins Ausland abgeführt — und bei geleerten Lagern härtester Bedarf nach neuen chemischen Erzeugnissen bestand. Sodann aber ist die Erzeugungsmöglichkeit in der Landwirtschaft im höchsten Grade bedingt von der Ergiebigkeit der chemischen Industrie als Düngemittelindustrie. Auch der Stand der Volksernährung hängt also im höchsten Maße von der Leistung der Düngemittelindustrie ab. Sehr deutlich trat im vergangenen Jahre der Kohlenmangel in die Erscheinung auch bei der Kalindustrie. Auf rein Kali umgerechnet betrug der Gesamtabsatz in Doppelzentnern fast 1913 11,1 Millionen Tonnen, 1918 10 Millionen und 1919 8,1 Millionen. Mit hin insgesamt weniger 27 Prozent. 1913 betrug unser Eisenverbrauch 6 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr 3,1 Millionen Doppelzentner. 1919 belief sich der Eisenverbrauch auf 6,4 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr dagegen fiel auf 1,8 Millionen Doppelzentner. Die Ausfuhr war also ganz außerordentlich im Laufe des Krieges zurückgegangen. Milliarden hätten vom Ausland eingenommen bzw. mit dem Erlös für eine größere Kaliausfuhr gemaltige Lebensmittelmenge gekauft werden können, wenn die Kohlerzeugung im vergangenen Jahre eine stärkere Kalierzugung und damit eine stärkere Ausfuhrmöglichkeit gestattet hätte.

Wegweiser für Arbeitervertreter

Wilhelm Mauer.

IV.

8. Die Volkswirtschaftslehre.

Wer bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen mitreden oder mitleiden will, der muß die Entwicklung der Volkswirtschaft, namentlich im 19. Jahrhundert kennen. Unsere wirtschaftliche Umwelt wird ihm dann in einem ganz anderen Sinne erscheinen. So manches ist dann erklärlich, was ihm sonst als ein spanisches Dorf erscheint. Ebenso ist erforderlich, daß über den vollständig veränderten Stand unserer Volkswirtschaft vor und nach dem Kriege Kenntnisse und Verständnis vorherrschen müssen.

Notwendig ist auch, daß über dem Einzelbetrieb die Volkswirtschaft und Volkswirtschaft beachtet wird. Volkswirtschaftslehre umschreiben hier zunächst vier innere Dienste, die in jeder Organisation und somit in jedem Betrieb vollzogen werden müssen. Erstes und gut verwaltete Finanzen, eine gute Ausstattung mit Inventar, Geräte, Verbesserungsmöglichkeit und Mellem: die stärkste Organisation und eine gute Information nach innen und außen. Weiter ist der sechsstellige Versorgungsstrom in der Volkswirtschaft von dem einzelnen Betrieb zu beachten, die Bedarfsbestimmung, die Kräfteverbindungen, die Erzeugung, der Anlauf, die Verteilung und der Verbrauch der Wirtschaftsmittel. Eine Erörterung über die deutsche Eisen- und Metallindustrie auf dem Weltmarkt und dessen Bedeutung für das Volksganze wird das Bild nur vervollständigen können.

Wir müssen weiter die verschiedensten Formen der Unternehmungen kennen lernen. So gibt es öffentliche und private Unternehmungen, solche, wo einzelne Personen oder Gesellschaften an der Spitze stehen und ihre Träger sind. Ferner solche Unternehmungen, die Privatrecht und gemeinnützigen Zwecken dienen. Von den Gesellschaftsunternehmungen, die dem Selbstzweck dienen, haben wir allein sechs Arten: 1. Offene Handelsgesellschaften mit unbeschränkter Haftung. 2. Aktiengesellschaften, 3. Kommanditgesellschaften. 4. Aktienvereine. 5. Gesellschaften mit beschränkter Haftung. 6. Die bergrechtlichen Gewerkschaften. Es gilt nun kennen zu lernen, was die Verfassung, die Finanzierung, die Ausstattung, sowie die Gewinn- und Verlustverteilung der einzelnen Unternehmungsart. Stichwortweise erinnern wir hier nur an die verschiedenen Arten der Aktien, ihre Ausprägung an Banken und anderen Unternehmungen, mit ihrer Handel an der Börse, dem Kursstand, den Auszahlungen, ihr an Gewinnaufteilung, Bonus, Dividenden, Sanierungen, Prämien, Liquidationen, Konkursen usw. Auf diese oder ähnliche Bezeichnungen begegnen uns und da müssen wir wissen, woran wir sind.

Eine eingehende Kenntnis über die Betriebskonzentrationen und Verkaufsvereinigungen ist nicht minder erforderlich. Wie und warum haben sich unsere Betriebe nach der vertikalen und horizontalen Richtung konzentriert, oder warum haben — um die Bezeichnung zu verdeutlichen — sich unsere Betriebe die übereinander und nebeneinander liegen, zu den großen Wäldern zusammengeschlossen? Welche Verwandnis hat es mit den Verkaufsvereinigungen? Welche Unterschiede bestehen zwischen den Kartellen, Ringen, Syndikaten und Trusts? Wo liegt Schatten und Licht und was muß infolgedessen der Betrieb oder wie nun oder beruht die Tätigkeit? Wie sind die Interessenorganisationen der sonstigen Berufs- und Gewerbestände, namentlich die der Arbeitgeber? Was bezwecken Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörper usw.? Ueber all diese Organe und Strömungen werden unsere Vertreter unterrichtet sein müssen, wenn sie ihren Mann stellen wollen.

Hinzukommen noch eine Reihe allgemeiner grundsätzlicher Probleme der Volkswirtschaft, die der Erörterung bedürfen. Die Fragen des Privateigentums, des Kapitals und der Wirtschaftsfreiheit; die wirtschaftlichen Wirkungen der sozialdemokratischen Utopien; Staat und Volkswirtschaft, Konjunktur und Wirtschaftskrisen, die Probleme der Sozialisierung und der Gemeinwirtschaft und endlich eine Einführung in die Bodenfrage, namentlich hinsichtlich der Gütererzeugung.

9. Die Gewerkschaftslehre.

Die Grundzüge der Organisation, Agitation, Tätigkeit und Arten der Gewerkschaften müssen jedem Gewerkschaftler geläufig sein. Ebenso auch die Leistungen, Erfolge und der Einfluß der Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten. Hieraus ergibt sich dann auch schon von selbst, daß Betriebsräte und Gewerkschaften aufeinander angewiesen sind; die gemeinsamen Aufgaben zusammen und in bestem Einvernehmen, sowie in gegenseitiger Unterstützung zu erledigen haben. Würden die Betriebsräte die Gewerkschaften aufheben oder gar zerstören, so müßten sie dieselben Gebilde mit denselben Organen, auf demselben Wege, mit derselben Taktik und mit denselben Zielen wieder neu errichten.

Eine weitere und wohl nicht die letzte Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein müssen, ihren Vertretern auch Richtlinien und „Wink“ zu zeigen, welche Technik und Taktik bei Verhandlungen zu beachten sind, wie sie sich rednerisch weiterbilden können und was zu tun ist, um den nötigen Einfluß, das Vertrauen nach Oben wie nach Unten zu erwerben und zu erweitern und daneben doch alle Aufgaben rücksichtslos zu erfüllen.

Die Gewinnung, Hebertragung und Aneignung der vielfältigen Kenntnisse erscheint gewiß schwierig. Wer diese Schwierigkeiten müssen überwinden werden, denn ohne diese Kenntnisse erreichen wir die gestellten Ziele nicht. Unser Berufsorgan, das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, die Deutsche Arbeit, die Betriebsrätezeitung, unsere Broschüren, Geschäftsberichte, Protokolle und Jahrbücher, enthalten wichtige laufende Beiträge, je oft ganze abgeklärtere Abhandlungen der Lehrstoffe. Weiteres Material liefern die Handelspresse, volkswirtschaftliche und namentlich technische Fachschriften, sowie die sonstige reichhaltige Literatur. Das Suchen der Quellen und die Zusammenfassung des Materials wäre nun für den einzelnen schwierig und Zeitverzehrend. Eine Arbeitsteilung ist

daher erforderlich und zwar nicht nur für die Ausarbeitung, sondern auch für die Weiterverfolgung der einzelnen Themen. Die Gewinnung von Spezialisten aus unseren eigenen Reihen ist daher dringend erforderlich. Soweit es noch nicht geschehen ist, müßten dann noch für die einzelnen Themen Vortragsgesellschaften oder kleine Vorlesungen herausgegeben werden. Diese können für den Vortragenden selbst nicht fehlen und könnten nach dem Vortrag an unsere Räte und Mitglieder zum Lesen weitergegeben werden.

Außerdem erscheint zweckmäßig wenn die einschlägigen Themen auch mehr durch graphische oder bildliche Darstellungen oder gar durch Bildbänder beim Vortrag illustriert werden könnten. Ueberall, wo solche Vorlesungen unternommen worden sind, haben sie ein dankbares Verständnis gefunden.

Werden sich alle Beteiligten in dem angegebenen Sinne betätigen, dann wird der volle Nachweis erbracht werden, welche großen und wertvollen Wirtschafts- und Kulturkräfte in der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermasse, sowie in dem Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an der Leitung des Produktionsprozesses und der Wirtschaft stecken. So werden wir auch wichtige Organe der neuen Zeit werden!

Viel Geschrei und wenig Wolle

Die Diktatoren im Kreml zu Moskau hatten bekanntlich vor nicht allzu langer Zeit Herrn Sinowjew Wolschton nach Deutschland geschickt, um dem stagnierenden Kommunismus etwas auf die Sprünge zu helfen. Zunächst sollten die sozialistischen Parteien durcheinander gebracht werden und dann in die rote Gewerkschaftsbewegung der „revolutionären Kräfte“ verlegt werden. Der Großobcha in Moskau spendete Millionen Rubel, um die Kräfte zu lenken, durch die der wahre revolutionäre Geist verbreitet werden sollte. Denn nicht alle Roten haben revolutionären Geist; die M. S. sind Verräter und Schurken; die U. S. sind Menschweiser und die Syndikalistischen sind nicht ganz normal. Nur denjenigen, auf dessen hoher Propagandiererei der Sowjetkern pranzt, auch wenn er noch einen Klau unter der Nase hat, gehört zum ausbreitenden Woll, das befeuchtet ist mit der roten Toga aus der Moskauer Bekleidungsanstalt.

Moskau hatte vor allen Dingen es auf den sozialistischen Metallarbeiterverband abgesehen, zunächst weil er der größte sozialistische Verband ist, und dann, weil er ein Sammelzentrum aller möglichen Sozialisten darstellt. Die „Kriegs-Krieg“ wirken also hier, bald da, und unterminierten die Stellung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes durch wilde Streiks und Putsch, die ungezählte Millionen kosteten und für die Arbeitererschaft nur Niederlagen brachten.

Zwar hatte der jetzige Verbandsvorsitzende Dismann auf der Kölner Generalversammlung 1917 dem alten Parteivorstand mit Schläge an der Spitze, das Wort entgegenzusetzen, daß der proletarische Klassenkampf aber gewerkschaftlicher Disziplin sei, und zur Disposition gegen Schicksal aufgefordert, aber, nachdem er Verbandsvorsitzender geworden, zog er gegen die Generalstreiks und Putsch zu Felde und ließ im Urteil des sozialistischen Metallarbeiterverbandes eine Resolution gegen diejenigen durchdrücken, die sich auf dem Boden der Moskauer 3. Internationale betätigten.

Das schlug bei den Kommunisten dem Gaf den Boden aus und sie beschloßen, eine Reichskonferenz für den 28. Februar nach Berlin einzuberufen, um zur „Reorientierung“ im sozialistischen Metallarbeiterverband Stellung zu nehmen. Durch Schreierbetriebe luden sie sogar Dismann ein und sagten ihm „Mehrfachheit“ zu: nach Auffassung der Kommunisten etwas ganz Außerordentliches, da sie ja sonst prinzipiell keinen Gegner frei reden lassen.

Diese Konferenz fand also am 28. Februar in Berlin statt. Wer aber nach geblüht hatte, ein neuer Strom von Weisheit würde sich von dort aus ergießen, der muß eingestehen, daß er sich schmächtig getäuscht hat. Sucht man nach dem bleibenden Hol in der Reichskonferenz, so könnte als Hauptmerkmal gelten, daß man zuvörderst wieder drei Genossen nach Moskau delegieren zu müssen glaubte, um dem Dalai-Lama in Ehrfurcht erstrebend den Knie zu machen. Der gelbige „Höhepunkt“ des Tages sollte Liebenmüllers Rede über „die Aufgaben der sozialen Revolution“ sein. Mit der gleichen Abbedisposition, aber waren vor einigen Monaten schon die Herren Rusch, Brandler usw. im Ruhrgebiet herumgereist, um die Massen zum revolutionären Klassenkampf zu „erziehen“ bemittelt Schimpfer über die Gewerkschaftsbürokratie. Interessant ist, daß die kommunistische Fraktion durch Müller die Aufforderung ergehen läßt, „nicht freiwillig aus den Gewerkschaften auszutreten“, sondern im Gegenteil sich mit aller Schärfe gegen gewalttätige Ausschüsse zu wehren. Auch die Genossen, die in den Unions und bei den Syndikalistischen organisiert sind, müßten erkennen, daß nur innerhalb der Gewerkschaften der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie wirksam geführt werden kann. Nur wenn dies geschieht, wird die Errichtung der proletarischen Diktatur verwirklicht werden können.

Da kann sich ja der sozialistische Metallarbeiterverband noch auf allzuhand gefast machen.

Die Kommission faßte die 150 Orte, die Delegierte entsandt hatten, zu Bezirken zusammen. Bezirk Wasserfante (14 Orte) 21 Delegierte, Bezirk Brandenburg (8 Orte) 51 Delegierte, davon Berlin 44 Delegierte, Bezirk Sachsen (19 Orte) 25 Delegierte, Bezirk Schlesien und Ostpreußen (23 Orte) 24 Delegierte, Bezirk Rheinland-Westfalen (24 Orte) 35 Delegierte, Bezirk Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, insgesamt 10 Orte) 11 Delegierte.

Herr Rusch verzichtete auf sein „tiefgründig angelegtes, gut orientierendes Referat“, weil die Zeit angeblich schon zu weit vorgegriffen sei.

Das „praktische“ Ergebnis des Tages war, daß Reisekosten und Speise von den Ortsverbänden getragen werden müssen. Da werden die M. S. und die U. S. in den Ortsverbänden, welche kommunistische Mehrheiten haben, angenehme Gesichter machen.

Vorkünftig löst also der Kampf innerhalb des roten Metallarbeiterverbandes Luftig weiter. Die Moskauer Internationale — die Amsterdamer Internationale, das sind die Parolen, und das Ganze nennt sich dann „Arbeiterinteressenvertretung“. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn Putsch überall aufplacern, ein Generalstreik nach dem anderen zusammenbricht und Millionen Arbeitergenossen verpulvert werden.

Was das hat seinen Grund in der parteipolitischen Vätätigung der sozialist. Gewerkschaften, die dadurch den Zerlegungsstein in die Arbeiterschaft getragen haben.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Fraktion im sozialistischen Metallarbeiterverband ist ein Zeichen dafür, wie ungeheuer wenig Arbeit für die Arbeiterschaft auf solchen Schimpfkonferenzen geleistet wird, und daß sie anschließend nur dafür da sind, um den Ehrgeiz gewisser Führer zu befriedigen. Die Arbeiterschaft mag sich diese „Führer“ genau ansehen.

Streiflichter

Zur Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen.

In einem Streit der Binnenarbeiter westdeutscher Kanäle gegen die Arbeiterschaft erklärte das Reichsarbeitsministerium am 9. 11. 20 einen Schiedspruch in der Lohnfrage für verbindlich. Die Unternehmern erkannten weder den Schiedspruch, noch die Verbindlichkeitsklärung an. Doch gelang es, nach einer Reihe von Verhandlungen, die Sache der Verbindlichkeitsklärung zu entscheiden. Es wurden zwei Landgerichtsinstanzen aus Berlin und Dortmund, einer aus Köln berufen. Diesen fünf Landgerichtspräsidenten lagen alle Landgerichts- und Gewerbegerichtsurteile vor, die sich für oder gegen die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüchen ausgesprochen haben. Das Richterkollegium hat auf Grund dieses vollständigen Materials am 6. 2. 21 entschieden, daß die Verbindlichkeitsklärung rechtmäßig ist; die Kosten des Verfahrens in Höhe von 30 000 Mark haben die Unternehmer zu tragen.

*

Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes.

Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat zur Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes an den Steuerentwurf des Reichstages eine Einlage gerichtet, in der unsere Vorschläge und Forderungen wie folgt zusammengefaßt sind:

1. Mit dem bisherigen System des Steuerabzuges vom Lohn ist der D. G. A. unter der Voraussetzung einverstanden, daß durch den Lohnabzug die Steuerpflicht als erfüllt zu gelten habe, daß also rechtsträufliche Veranlassungen und die sich daraus ergebenden Nachschußverpflichtungen bzw. Rückforderungsansprüche hinsichtlich nicht mehr eintreten.
2. Von diesem Verfahren soll das Arbeitseinkommen bis 21 000 Mark erfaßt werden.
3. Der Steuerabzug beträgt bis 24 000 Mark 10 Prozent, für die Arbeitseinkommen von 24 - 30 000 Mark wird eine geringere Steigerung als von der Finanzverwaltung vorgegeben, für notwendig erachtet.
4. Der D. G. A. ist mit einem Abzug von 120 Mark vom errechneten Steuerbetrage (also nicht von der Lohnsumme) für den Steuerpflichtigen einverstanden und für jede von ihm unterhaltene Person unter der Voraussetzung einverstanden, daß eine angemessene Berücksichtigung der Werbungskosten eintritt.
5. Die Werbungskosten sollen einheitlich auf 1800 Mark festgesetzt werden. Der Abzug von der errechneten Steuer habe also 180 Mark zu betragen. Bei dieser Festsetzung müßte das Recht auf Einzelveranlagung erhalten bleiben. Dagegen alle Bestimmungen des § 13 des geltenden Einkommensteuergesetzes.
6. Eine Nachveranlagung für das Jahr 1920 hat nicht stattzufinden. Die Steuerpflicht hat für diesen Zeitraum durch die bisherigen Steuerabläufe als erfüllt angesehen werden. Mit der Veranlagung nicht zu vermeiden, muß wenigstens von der Erhebung der etwa errechneten Steuerrückstände Abstand genommen werden.
7. Das noch den reichsrechtlichen Vorschriften steuerfreie Einkommen darf von den Ländern und Gemeinden steuerlich nicht mehr erfaßt werden.

*

Das nennt sich „Arbeiterführer“.

In der sozialistischen Arbeiterbewegung hat sich eine gewisse Sorte von sogenannten Arbeiterführern herausgebildet, die um so weniger können, je radikaler sie sich gebärden. Wie diese Menschen sind, zeigt noch dem mehrheitssozialistischen „Vorwärts“ (Nr. 48) ein Beispiel aus Neuß bei Düsseldorf.

Dort ist auf Betreiben der Allgemeinen Arbeiter-Union bei der Firma Grotz u. Köhler ein Streik ausgeschrieben. Jetzt, da die Metallindustrie in Neuß für den 9. März eine Gesamtsperre androhen, bekommen es die Führer der Arbeiter-Union in Neuß mit der Angst zu tun und geben folgende bescheidene Erklärung ab:

In den letzten Wochen wurde loblich über die Allgemeine Arbeiter-Union geschrieben, besonders seit dem Streik bei der Firma Grotz u. Köhler. Unterzeichnete erklären hiermit, daß wir mit den Machenschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union nicht einverstanden sind und waren. Wir verurteilen alle solche Sachen, gleich, wozu sie gemacht werden. In Sachen der Unterstützung der Genossen haben wir in den letzten 3 Wochen vier geharnischte Briefe nach Düsseldorf und Essen geschrieben, worin wir alle Verantwortung abgelehnt und unser Amt als 1. Vorsitzender und Kassierer niedergelegt haben. Nachdem wir überhaupt keine Antwort erhalten haben, sehen wir uns genötigt, in aller Deutlichkeit zu erklären, daß wir mit der Allgemeinen Arbeiter-Union nichts mehr zu schaffen haben. Leopold Förster, 1. Vorsitzender, Peter Voigtgen, Kassierer.

Zu feige, die Verantwortung für das zu tragen, was sich unter ihrer Führung entwickelt hat, meinen die „Führer“ und erklären entrüstet, daß sie „mit den Machenschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union nicht einverstanden sind“ und mit ihr „nichts mehr zu schaffen haben“. Die armen Arbeiter aber, die auf das Betreiben der Union in den Streik getreten sind und sich sicherlich nicht in einer allzu ruhigen wirtschaftlichen Lage befinden, mögen sehen, wie sie mit dem Unternehmertum fertig werden.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 13. März, der 12. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 13. bis 19. März.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: **Belbert:** 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 2,50 M., Lehrlingsklasse 1 M., Delegiertenmorte 1 M. Für die Jugendklasse zwei Delegiertenmorte im Jahre.

St. Ingbert (ab 1. Februar): 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 3 M., Lehrlingsklasse 1 M. Pro Monat eine Solaliditätsmarke à 1 M.

Mandeburn: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 2,50 M., Jugendklasse 0,60 M.

Kreiditz (ab 10. Woche): 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 2,50 M., 4. Klasse 1 M.

Ohlstedt (ab 11. Woche): 1. Klasse 5,50 M., 2. Klasse 4,50 M., halbe Beitragsklasse 2,50 M., Jugendklasse 1 M.

Wichtig: Die Entziehung katurarischer Rechte zur

Das Protokoll unserer 9. Generalversammlung in Essen ist erschienen. Gut brochiert, 200 Seiten stark, Preis 12 M. Zu bestellen bei der Zentraldruckerei, Strabellor 17.

Verbandsgebiet

Lahn- und Moselländer. (Rote Sägen) In Nr. 9 der Metallarbeiterzeitung wird über eine Schiedssache beim Schiedsrichtersamt in Lahn- und Moselländern berichtet, in welcher unter Vorlage Schwarz beantragt habe, den Arbeiter Gröbel seiner Funktion als Obmann des D. G. A. bei der Firma Fab. wegen Terrorismus zu entheben. Die Angelegenheit wurde verworfen, weil der Antrag nur von 4 der Arbeiterschaft des Betriebes, aber vom Arbeitgeber gestellt werden kann. Darüber, daß wir wegen einer Forderung mit unserer Klasse abgewiesen wurde, herrscht große Freude in der Arbeiterschaft des D. G. A. in Lahn- und Moselländern und Herr Oberfrank hat diesen „Mischen-erlös“ aller Welt laud und zu Willen sein.

Dah es bei dieser Verurteilung dem Herrn D. auf ein paar Unwahrheiten mehr oder weniger ankommt, braucht uns eigentlich nicht zu wundern, denn nach Ansicht, der in von der Arbeiterschaft in Lahn- und Moselländern haben diese Leute dem Gewerkschaft gegenüber die Pflicht der Wahrheitsliebe nicht!

Aber Steuer der Wahrheit ist bei der Sachverhalt der Angelegenheit nachstehend richtig gestellt: Es ist allgemein bekannt eine Unwahrheit, wenn der Berichtsteller behauptet, Kollege Schwarz hätte den Firmeninhaber gleich mitgedrückt. Nach unserer Information wurde Herr Fab vom Schiedsrichteramt geladen. Weiter behauptet der wahrheitsliebende Herr, Kollege Schwarz hätte sich nachträglich bei ihnen zu entschuldigen gesucht. Auch dies ist eine große Unwahrheit, denn Herr U.S.P. Stadtrat Oberfrank wird sich doch noch erinnern können, daß Kollege Schwarz erklärt hat, wir werden auch in Zukunft bezügliche Terrorfälle mit allen uns zu Gebote stehenden Rechtsmitteln bekämpfen.

Wenn Herr D. den ganzen Sachverhalt berichtet und den festgestellten Terror nicht bestrafen wollte, dann hätte er doch auch von der Verurteilung schreiben müssen, in der Gröbel von der ganzen Arbeiterschaft und im Besonderen der Arbeiterschaft erklärt hat, daß er in Zukunft bezüglichen Terror nicht mehr ausüben werde und die christlich organisierten Arbeiter sich ihm genau zu behandeln werde, wie die sozialdemokratisch organisierten. Wer sich nun eine Plage geholt hat, überlassen wir der Arbeiterschaft zur Beurteilung.

Wieder sei Herr D. gesagt, daß der Christliche Metallarbeiterverband auch die Schuld der Unternehmer in Anspruch genommen hat, wie ja manche andere Organisationen, für die man, wie unglücklich berichtet wurde, die Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn abgezogen hat u. dann vom Arbeitgeber an das Verbandsbüro abgeführt wurden. Wir möchten also Herrn D. nahe legen, etwas mehr bei seinem Geschreibsel bei der Wahrheit zu bleiben. Lediglich hätte u. G. der gute Mann vor seiner Fäule genau zu sehen, denn dort häuft sich der Schmutz von Tag zu Tag ja immer mehr. U.S.P.

*

Milheim-Eberhausen-Sterkrade. Die Jahresversammlung des Verbandsbezirks fand bei Nacht in Eberhausen unter starker Beteiligung der Gruppen- und Bezirksleiter statt. Nach kurzen Begrüßungen wurde der Vorsitzende Kollege Krennmeister bekannt, daß im vergangenen Jahre 102 Mitglieder durch Tod ausgeschieden seien, wobei die Verammelten sich zur Ehre der Verdorbenen erhoben. Zunächst gab dann der Kassierer Kollege Thomas den Rechenbericht des letzten Jahres ab.

Folgende Zahlen seien festgehalten: Gesamtausgaben 95 123,72 Mark, Einnahmen am Schluß des Jahresjahres 55 633,35 Mark, Rezervefonds 88 000 Mark und an die Hauptkasse abzuliefern 157 228,78 Mark. Die Beitragsleistung sei nicht überall befriedigend gewesen und es alle die Mitglieder eines Teiles der Mitglieder zu befechtigen. Die Kassierer erklärten, daß sie die Kasse in besserer Ordnung gefunden hätten und es wurde die Entloftung des Kassierers beantragt und erteilt.

Zum Jahresbericht übergehend, gab Kollege Krennmeister zunächst einen Überblick über die Mitgliederentwicklung u. stellte fest, daß die Resultate nicht befriedigen könnten. Die Zugänge sind durch Abgang wieder ausgeglichen, so daß eine Steigerung der Mitgliederzahl im Laufe des Jahres nicht erreicht werden konnte. Es müßte daher in der nächsten Zeit mit mehr Nachdruck an die agitatorische Arbeit herangegangen werden. Als Bericht habe sich der Bericht auf die Durchführung von allgemeinen Hausagitationen erwidern. Das Verzeichnis müßte unter allen Umständen in der nächsten Zeit nachgeholt werden.

Die Tätigkeit des Verbandes war eine reichhaltige, besonders auf dem Gebiete der Lohnfrage. Insgesamt wurden 80 Bewegungen mit Erfolg durchgeführt. Die Mitglieder waren durchschnittlich 3 bis 4 mal an Lohnbewegungen beteiligt. Es wurde erreicht für:

- 31 Mitglied. der bis 10 Mark Aufbesserung pro Woche; 1721 Mitglieder bis 20 Mark Aufbesserung pro Woche; 3363 Mitglieder bis 30 Mark Aufbesserung pro Woche; 6420 Mitglieder bis 40 Mark Aufbesserung pro Woche; 11 102 Mitglieder bis 50 Mark Aufbesserung pro Woche; 3336 Mitglieder bis 70 Mark Aufbesserung pro Woche; 450 Mitglieder bis 80 Mark Aufbesserung pro Woche. Im Durchschnitt betrug die erzielte Lohnaufbesserung 42 Mark pro Woche, Lohnbewegung und Mitglied. Da auf die Mitglieder im Durchschnitt 3,5 Lohnbewegungen entfallen, so ergibt sich eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 145 Mark pro Woche, gleich 7500 Mark pro Jahr und Mitglied. Mit Recht wird man bei diesen enormen Zahlen darauf aufmerksam machen müssen, daß die Lohnaufbesserungen durch Vertiefung der Lebensgrundlage wieder fast reißlos ausgetrieben ist. Aber andererseits enthalten die Zahlen für deutsche Arbeiter eine wichtige Lehre. Wie wenig müßte es heute nach dieser prunkhaften Entwicklung um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bestellt sein, wenn die Gewerkschaften nicht für den notwendigen Lohnausgleich geort hätten? Uns ist kein Fall bekannt geworden, wo die Unternehmer aus eigenem Antrieb angeheuert hätten! Was soll man als denkender Mensch angesichts solcher erdrückenden Beweise für den Wert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation dazu sagen, wenn es heute wieder Arbeiter gibt, die glauben, ohne die Mitarbeit im Verband auskommen zu können. Gehen solche Schwärmer dann nicht schon genug vorgegangen werden.

Man dieser Kampfarbeit hat der Verband die Inzereien der Mitglieder nach den verschiedenen Seiten hin wahrgenommen, u. a. B. auf dem Gebiete der Preisgestaltung in kommunalen Angelegenheiten und ähnliches. Sehr stark wurde auch Gebrauch gemacht von der Erteilung von Rechtsansprüchen und Beweisen durch die Zentraldire.

Der Jahresrechnungbericht weist folgende Zahlen auf: Einnahmen 809 522,70 Mark, dazu Bestand aus dem Vorjahre 22 989,22 Mark, Ausgaben 329 842,69 Mark, an die Hauptkasse abgeliefert 446 989,78 Mark und Bestände wie oben. Durchschnittlich entfallen pro Mitglied 47 Beiträge. Die Zahlen beweisen, daß der Verband innerlich gesund ist und etwaigen Stürmen trotzen kann.

Redner kam dann auf die Aufgaben der nächsten Zeit zu sprechen und forderte intensiver Maßnahmen in der Kampfarbeit. Die Kontrolle in den Betrieben müßte viel stärker gehandhabt werden. Dann sei unbedingt erforderlich, daß von allen Gruppen die Hausagitation durchgeführt werde. Wenn alle Funktionäre und Mitglieder ihre Pflicht täten, müßte es vorwärts gehen.

Zur allgemeinen Lage übergehend, nahm Kollege Krennmeister Stellung gegen die Gewaltpolitik der Entente und betonte, daß solange das deutsche Volk nicht von den Fesseln des sogenannten „Friedensvertrages“ befreit werde, sei an einen wirklichen Friedensschluß kaum zu denken und die Arbeiterschaft habe mit am schwersten unter dieser Sachlage zu leiden. Tief beklagend werte er, daß die Politik der Gegner in wirklicher Weise durch die Haltung der Untergewer-

lenen Arbeiterklasse unterläßt werde. In diesen Angelegenheiten müßte das deutsche Volk unbedingt die Initiative ergreifen.

Redner forderte Redner schärfere Maßnahmen zur Herbeiführung eines wirklichen Friedensschlusses und Verhinderung jeder weiteren Zersplitterung der Fronten für unerschöpfliche Lebensmittel. In die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhaft-Übersprache an. Redner wurden folgende Entschlüsse einstimmig gefaßt:

1. Wenn die Raubpolitik der Entente.

Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Milheim-Eberhausen und Sterkrade erhebt ihren Protest gegen den erneuten Versuch der Entente, dem deutschen Volk neue wirtschaftliche Lasten aufzuerlegen. Durch den Pariser Reparationsplan wird das Recht von Versailles in derart sinnloser Weise herbeigeführt, daß selbst wenn das deutsche Volk bereit wäre, ein halbes Jahrhundert Sklavenarbeit zu leisten, die gestellten Bedingungen nicht erfüllt werden können. Jede Möglichkeit einer sozialen Sicherung für die notleidenden Schichten des deutschen Volkes wird durchbrochen und durch die reaktionären und überverleib revolutionären Strömungen in westlicher Weise verhindert. Die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft wird sich in unermesslicher Weise steigern und dadurch jede Arbeitseinstellung unmöglich gemacht. Die Reichsregierung wird daher um Abkehr von allen Bedingungen dringend gebeten. In dieser Angelegenheit ist die christliche Arbeiterschaft den dringenden Appell an das gesamte deutsche Volk und besonders an die Arbeiter, doch endlich in diesen Lebensfragen den Fortschritt in den Hintergrund treten zu lassen. Nur der nationale Gemeinwohlgedanke kann retten, was noch zu retten ist. Die Uneinigkeit bei unserer Vorkörper herbeigeführt und nur die Einigkeit verleiht uns die notwendige Kraft zur Vertreibung von den wirtschaftlichen Fesseln.

2. Protest gegen Lebensmittelverknappung.

Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Milheim-Eberhausen-Sterkrade erhebt im Auftrage von über 400 Mitgliedern schriftlichen Entschluß gegen die erneuten Versuche, eine Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeizuführen. Während die Löhne der Arbeiter im Vergleich zu Friedensverhältnissen heute nur 1 zu 6 bis 10 stehen ist das Verhältnis der Preise, besonders für die notwendigen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände wie 1 zu 15 bis 20. Die Steigerung der Preise hat mit der Steigerung der Preise nicht gleichen Schritt halten können. Aus diesem Grunde und um eine Bindung unseres Wirtschaftslebens zu verhindern, fordern die Verammelten sofortige Maßnahmen zur Durchführung eines Abzuges der Preise. Die Regierung wird dringend gebeten, in diesem Sinne zu wirken und die Notlage der arbeitenden Bevölkerung im Industriebereich zu mildern.

Hierauf wurde nach eingehender Beratung beschlossen, als 1. März folgende Beiträge zu erheben: 1. freiwillige Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., 3. Klasse je nach Einkommen 3 M., weibliche 2 M. und Lehrlingsklasse 1 M. Die Delegiertenmorte wird auf 1 Mark erhöht. Die Konsumverordnungen und unsere Nachbarnverordnungen haben diese Erhöhung bereits durchgesetzt und nach dem jetzt auch die Zentralbeiträge erhöht werden. Gleich uns nur diese Möglichkeit übrig. Mit der Erhöhung der Beiträge ist eine bedeutende Verbesserung der Unterhaltungen verbunden. Einzelheiten werden nach bekannt gegeben.

Einflimmio wurde hierauf die Renntafel der Ortsverwaltung genehmigt. Diefelbe ist sich aus folgenden Namen zusammen: 1. Vort. Krennmeister, 2. Vort. Krennmeister, Kassierer Thomas, Werner Kramer, Vort. Krennmeister, Sieberg, Schud, Reuter, Wäber, Sociels, Wäber, Eigenen und Ehrenberg.

Die angedeutet verbesserte Tagung wurde geschlossen mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Branchenbewegung

Seizer und Maschinisten.

Essen. In der am beendeten diesjährigen Jahresversammlung der Nachgruppe der Seizer und Maschinisten in Essen wurde ein Bericht über die Arbeit unserer Nachgruppe im verflochtenen Jahre gegeben, wobei besonders die verschiedenen Schwierigkeiten industrieller Werke herausgehoben sind. — Bei der im Hinblick darauf vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes ergab sich im allgemeinen die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder, während für einige inzwischen ausgeschiedene Kollegen neue hinzugewählt wurden.

Weiterhin wurde die bereits beschlossene Bildung einer Lohnkommission vorangetrieben, wobei die wichtigsten Kollegen der verschiedenen Werkstätten berücksichtigt wurden. Diese Lohnkommission hat bei kommenden Lohn- oder Tarifbewegungen die nötigen Vorschläge zu liefern, um die besonderen Wünsche der Seizer und Maschinisten zur Geltung zu bringen. Ein aus dieser Lohnkommission gebildeter engerer Vorstand hat das Einberufen von Sitzungen sowie die Verantwortung für die Tätigkeit der Lohnkommission zu übernehmen.

Unter Punkt Berücksichtigung wurde der gute Verlauf der Verhandlung lebhaft begrüßt, da dem Wunsch, daß es in allen zukünftigen Verhandlungen ebenso sein möge, wobei der Vorstand auf den in der vorjährigen Generalversammlung gefaßten Beschlüssen aufmerksam macht, daß jeder Verhandlungsmann verpflichtet ist, den Verhandlungskalender in den Tagessitzungen zu verfolgen und danach alle in unserem christlichen Metallarbeiterverband organisierten Seizer und Maschinisten, und sonstige Berufstätigen jenes Betriebes zu den Verhandlungen und sonstigen Verhandlungen unserer Nachgruppe durch Mitteilung von Wunsch zu Mund sowie durch Aufstellung einzuladen. Bei dieser Gelegenheit wies der Vorstand darauf hin, daß alle Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes die von Seizer, Krennmeister, Krennmeister, Krennmeister oder sonstige Berufstätigen sind, auch sich nicht unserer Nachgruppe der Seizer und Maschinisten angehen, sondern eine entsprechende Mitgliedschaft, wie mehrfach fälschlich angenommen wird. Redner müssen alle Seizer und Maschinisten, die auf drifftlichen Boden stehen, ebenfalls organisiert sind, unserer Nachgruppe angehören werden.

Inzwischen hat die für die Firma Krupp gebildete Lohnkommission der Seizer und Maschinisten erregt und es werden die verschiedenen Wünsche der Seizer und Maschinisten ausgesprochen. — In der am 15. Februar stattgefundenen Monatsversammlung wurde dann über die letzten Verhandlungen mit der Firma Krupp bezüglich der Produktionsprämienberechnung für Seizer und Maschinisten Bericht erteilt.

Andieer Stelle sei noch aufmerksam gemacht auf die am Dienstag, den 15. März stattfindende nächste Monatsversammlung unserer Nachgruppe der Seizer und Maschinisten, wozu ein Vortrag gehalten werden wird über das in unserer Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig viel erörterte Problem:

„Berufs- oder Industrieorganisation?“

Hans Eschelbachs Werke

- Der Volkserzähler, historischer Roman, geb. M. 27,50
 - Im uach, Christenroman, geb. M. 24,20
 - Die beiden Werke, breich. M. 4,80 geb. M. 7,20
 - Der Wasserkopf, Lebensgeschichte eines Kindes, breich. M. 6,-, geb. M. 8,40
 - Sommerfrühe, Gedichtband, geb. M. 10,8
 - Neu erflunden: Sonnensturz. Der beste deutsche Roman, breich. M. 2,-, geb. M. 27,500
- Gegen Voreinsendung des Betrages durch die Buchhandlung Peter Klais, Hilden Rhld.

Für unsere Betriebsräte

Löhne und Lebenshaltung.

Dr. Max Sack.

1. Normallohn und Reallohn.

Es ist eine von allen Seiten als berechtigt anerkannte Forderung der Arbeiterklasse, daß der Lohn mindestens ausreichen soll, um die Kosten des notwendigen Lebensunterhaltes zu decken. Dabei wird für Arbeiter und Angestellte in Stellen, die herkömmlicher Weise von Unberufenen besetzt werden (Dienstboten usw.), nur der für den Lebensunterhalt einer einzelnen Person notwendige Geldbetrag anzusehen sein, dort aber, wo überwiegend Familienväter tätig sind, muß der Lohn so hoch sein, daß er zur Deckung der Kosten des Lebensunterhaltes einer Familie von mittlerer Größe, etwa bestehend aus Mann und Frau und 3-4 Kindern, genügt. Dabei gibt es, wie auch allgemein anerkannt wird, keinen für alle Zeiten und alle Arbeiter gültigen Maßstab dafür, was als notwendiger Lebensunterhalt anzusehen ist. Die Anschauungen hierüber sind abhängig von dem Klima des Landes, das in Frage kommt, aber auch von der Kulturhöhe des Volkes, dem der Arbeiter angehört, und dem Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, den es erreicht hat. Ein deutscher Arbeiter würde bei einer Lebenshaltung für sich und seine Familie, die bei uns als notwendig angesehen wird, in einem anderen Lande, wie z. B. in China, sehr wohl auskommen, und für einen modernen Arbeiter wäre es einfach untraglich, wenn er so leben müßte, wie unsere Vorfahren vor tausend Jahren.

Daß der Lohn die Kosten des notwendigen Lebensunterhaltes deckt, ist auch deshalb notwendig, weil sonst die Arbeitsfähigkeit untergraben wird. Ein Arbeiter, der sich, weil sein Lohn nicht ausreicht, nicht satt essen kann, wird auch nur ungenügend leisten, so daß bei unzureichender Bezahlung sehr oft die wirtschaftlichen Kosten für die Arbeitgeber nicht geringer, sondern höher sind als bei genügenden Löhnen. Ob aber der Lohn die Kosten des notwendigen Lebensunterhaltes deckt, kann nicht etwa von der Höhe des Nominallohns (der Lohn ausgedrückt in einer bestimmten Geldsumme), sondern von der Höhe des Reallohns ab, der Menge von Gütern, die der Arbeiter sich für seinen Lohn kaufen kann. Deshalb kann ein Gehalt, der heute zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes ausreicht, schon nach wenigen Wochen ungenügend geworden sein, wenn die Kosten des Lebensunterhaltes gestiegen sind, weil eine allgemeine Geldentwertung eingetreten ist. Die Gefahren, welche Teuerung und Geldentwertung mit sich bringen, sind geringer für diejenigen Arbeiter, die ihren Lohn ganz oder teilweise in Naturalien bekommen, wie heute noch die Dienstboten und ländlichen Arbeiter.

Die Arbeiterklasse in Industrie und Handel war im allgemeinen vor dem Kriege bestrebt, die Naturalien immer mehr durch Geldlohn zu ersetzen, weil der Naturallohn den Arbeiter in der Freiheit der Verbrauchsauswahl beschränkt, weil sich die Arbeiter oft nicht genügend davon schützen können, daß ihnen Nahrungsmittel, Wohnung u. d. in schlechter Beschaffenheit gewährt werden, und weil schließlich dort, wo der Naturallohn in Frage kam, der Arbeiter bei dem Unternehmer meist nicht nur in Kost, sondern auch in Wohnung war, wodurch seine persönliche Bewegungsfreiheit arg beschränkt wurde. Bei reinem Geldlohn muß der Arbeiter verhindern, durch Erhöhung des Preises die Nachteile, die ihm eine Verteuerung der Lebenshaltung bringt, wieder wettzumachen. Schon vor dem Kriege waren sehr viele Lohnbewegungen darauf zurückzuführen, daß die Löhne mit dem Steigen der Kosten des Lebensunterhaltes nicht Schritt gehalten hätten. Immerhin bewegten sich vor dem Kriege die Preise unserer Lebensmittel und Verbrauchsgüter nur langsam nach oben, so daß erst nach längerer Frist das durch die Teuerung der Preise hervorgerufene Mißverhältnis zwischen dem Geldlohn und den Kosten der Lebenshaltung für Lohnempfänger sichtbar wurde und die Arbeiter und Angestellten immer erst nach verhältnismäßig langen Zeiträumen durch die zunehmende Teuerung zu neuen Lohnforderungen gezwungen wurden. Anders liegen die Dinge, seitdem wir keine Goldwährung, sondern Papierwährung haben, seit unserem ganzen Geldsystem nicht mehr das Gold, eine Ware, deren Wert nur wenig und in langen Zeiträumen schwankt, zugrunde liegt, und unsere im Verkehr umlaufenden Zahlungsmittel, Banknoten und Darlehnskassencheine, nicht mehr gegen Gold umgetauscht werden können.

2. Löhne und Preise.

Würde die Einführung gleitender Löhne imstande sein, die heute bestehende Notlage der großen Masse der Arbeiter und Angestellten wesentlich zu mildern? Zuerst Lohn erhöhungen ein, wie das nach Einführung gleitender Löhne bei einer Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung geschehen würde, ist dreierlei möglich: 1. Der Unternehmer muß die Lohnhöhung selbst tragen. Sein Profit wird entsprechend gekürzt. 2. Die Lohnhöhung wird entweder dadurch ermöglicht, daß die Arbeiter für den höheren Lohn mehr leisten, oder durch technische oder organisatorische Verbesserungen in den Betrieben, die Ersparnisse an Arbeit und Material herbeiführen. 3. Die Lohnhöhung wird auf die Konsumenten abgewälzt.

Müssen die Lohnhöhungen in Gestalt höherer Preise von den Konsumenten getragen werden, so wird dadurch leicht der Nutzen der Lohnhöhung für die Arbeiter zunichte gemacht, zumal dann, wenn es sich um Erzeugnisse handelt, die von der Arbeiterklasse selbst gebraucht werden.

Der Wettbewerb im Inland aber steht Preiserhöhungen heute kaum noch in wenigen Fällen im Wege, weil die Unternehmer des gleichen Geschäftszweiges oft eng miteinander verbunden sind. Die ausländische Konkurrenz kommt auch nur selten in Frage, weil sehr oft die Inlandspreise unter dem Weltmarktpreis stehen und die Einfuhr vieler ausländischer Waren durch staatliche Maßnahmen und den schlechten Stand unserer Wäلتa gehemmt ist. In der Vorkriegszeit wurde häufig ein Ausgleich von Lohnsteigerungen durch Erhöhung der Arbeitsleistungen oder durch technische Verbesserungen erreicht. Die Preise der meisten Waren waren vom Weltmarkt abhängig, und die Unternehmer konnten sie deshalb nicht beliebig erhöhen. Deshalb waren sie oft gezwungen, alles zu tun, um die Mehrkosten, die durch die Lohnhöhungen entstanden, durch technische Verbesserungen wieder einzubringen. Ferner ermöglichten die höheren Reallohn den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung als heute im Regelfall und das hatte wieder zur Folge, daß auch ihre Leistungsfähigkeit zunahm. In Friedenszeiten folgten die Lohnhöhungen nicht so schnell aufeinander, wie das jetzt bei dem schnell sinkenden Geldwert geschieht. Heute fehlt es an der Zeit, die zu einem Ausgleich der Lohnsteigerungen durch Leistungssteigerungen oder technische Verbesserungen erforderlich wäre, denn bis sich deren Wirkung geltend macht, sind schon wieder neue Lohnhöhungen nötig geworden. Die Lebenshaltung des Arbeiters bleibt dabei trotz vorübergehender Lohnsteigerungen unbefriedigend und deshalb können sich auch keine Leistungen nur in geringem Maße erhöhen. Daher werden sehr oft, man kann wohl sagen, in der Regel, Lohnsteigerungen

auf die Waren übertragen, und das würde wohl auch in Fällen geschehen, wo das System der gleitenden Löhne in Anwendung käme.

Bei dem Zusammenhang aller Preise und Löhne überträgt sich eine Preissteigerung bei der einen Ware sehr leicht und sehr schnell auf andere Waren, z. B. eine Erhöhung der Kohlenpreise auf die Preise der Dampfmotoren, der Maschinen, der Werkzeuge und dann auch auf die Getreidepreise. Deshalb wird sich das System der gleitenden Löhne so lange als nützlich erweisen, wie es nur auf einzelne Bereiche beschränkt bleibt, wie z. B. auf die Staatsbeamten. Wird es aber allgemein angewendet, so kann eine Erhöhung der Löhne, die auf Grund einer bereits eingetretenen Teuerung der Lebenshaltung erfolgt ist, leicht zu einer neuen Teuerung der Teuerung führen, so daß es wieder eine neue Erhöhung der Löhne erforderlich wird. Es besteht also die Gefahr, daß bei allgemeiner Anwendung des Systems der gleitenden Löhne die Geldentwertung in einem noch schnelleren Tempo vor sich geht als jetzt. Mögliche Nachteile würden die gleitenden Löhne erst dann kosten, wenn wir einmal in größerem Maßstab einen Abbau der Preise vornehmen könnten, freilich auch nur in soweit, als wirklich die Lohnsteigerungen auch zu einer Ermäßigung der Warenpreise führten. Solange die Preise und damit die Kosten der Lebenshaltung noch im Steigen sind, kann wohl durch die Anwendung von gleitenden Löhnen für und dort eine Lohnbewegung vermieden werden, aber das heute bestehende Mißverhältnis zwischen den Löhnen und den Kosten der Lebenshaltung der Angestellten und Arbeiter und den Kosten der Lebenshaltung kann auch durch gleitende Löhne nicht aus der Welt geschafft werden.

Dieses Mißverhältnis kann nur gemildert werden durch eine Verminderung des Aufwandes, der bei der Erzeugung und Verteilung der Waren entsteht. Dazu ist notwendig, daß aber zum anderen auch der Ertrag der Arbeit durch eine Verbesserung der Organisation der einzelnen Betriebe wie des ganzen Wirtschaftszweigs erhöht wird. Vor allen Dingen muß der Kostenwärtigkeit beachtet werden, der heute viele Betriebe an der vollen Ausnutzung ihrer Einrichtungen hindert und so die Produktionskosten durch erzwungene Anwesenheit erhöht. In den Betrieben, die heute bei der Warenverteilung entstehen, könnte auch durch eine umfassendere sozialwirtschaftliche Organisation der Angestellten und Arbeiter geholfen werden, aber nur, wenn sie dauernd auf der Höhe ihrer Aufgabe bleibt.

Trusts- u. Interessengemeinschaften

Prof. Liepmann.

1. Begriff; Erscheinungsformen; Verbreitung.

Trusts nennt man in den Vereinigten Staaten von Amerika alle Verschmelzungen von Gesellschaften, beherrschten Aktiengesellschaften, zu einer einzigen. Die ersten Trusts, ein ganzes Gewerbe zu zusammenfassen, also eine monopolistische Stellung auf diese Weise zu erlangen, wurden in den 60er Jahren in der Petroleum-Industrie gemacht und zwar in Form der Übernahme der Anteile der einzelnen Unternehmen an ein Komitee von Fremdhändlern („Trust“ im englischen Recht). So wie ist die übliche Form heute die Holding Company, Kartellgesellschaft, wie wir sie kennen können: eine Unternehmung erwirbt die Aktien anderer und gibt dafür eigene Aktien aus. Das ist erst bei uns nicht selten, dagegen kommt es in Deutschland weniger häufig vor als in Amerika, doch in dieser Weise ein ganzes Unternehmungsgebiet unter einheitliche Leitung gebracht wird. Dafür haben wir die Kontrolle über in England und Amerika wegen anderer Rechtsverhältnisse eine geringere Rolle spielen. Ein monopolistischer Trust, der also ein ganzes Gewerbe umfaßt, ist aber viel mehr imstande, seine Marktpolitik auszuführen wie die Kartelle. Denn er ist eine kapitalistische Organisation, eine Selbstverwaltung, selbst eine Unternehmung, nicht eine bloß vertragsmäßige Verabredung selbständig bleibender Unternehmer wie die Kartelle.

Doch haben auch in Amerika die wenigsten sog. Trusts eine monopolistische Stellung. Viele Vereinigungen mehrerer Unternehmungen in einer Kartellgesellschaft sind auch bei uns nicht selten. Eine schärfere Form des Zusammenschlusses ist die Fusion, bei welcher die eine Unternehmung völlig in der anderen aufgeht und zu existieren aufhört. Sehr häufig ist auch die Kontrolle einer Unternehmung über andere an der Stelle, daß sie die Mehrheit des Kapitals dieser besitzt. So kommt das Verhältnis von Mutter-, Tochter- und eventuell Enkelgesellschaften zustande, die eine Verflechtung von Unternehmen auf Grund des Aktienbesitzes, die in dem modernen Wirtschaftsleben eine große Rolle spielt. Sie führt vielfach zu den sog. Interessengemeinschaften, die in verschiedener Weise zwischen mehreren, äußerlich selbständigen Unternehmungen herbeigeführt worden sind. Das größte deutsche Beispiel ist die Interessengemeinschaft in der chemischen Großindustrie.

2. Deutsche Verhältnisse.

Der heutige populäre Sprachgebrauch in Deutschland, der sich mit der bekannten deutschen Vorliebe für alles Ausländische dieses Wortes bemächtigt hat, versteht unter Trust eigentlich alle sehr großen Unternehmungen, die sich aus dem Zusammenschluß mit anderen und aus der Kontrolle anderer durch Aktienbesitz allmählich entwickelt haben. In diesem weiten Sinne gibt es natürlich in Deutschland eine ganze Anzahl von Trusts, besonders in der elektrischen, der Metall- und der chemischen Industrie. Man sollte das Wort aber auf solche Unternehmungen beschränken, die tatsächlich den größten Teil eines Gewerbes umfassen und daher eine mehr oder weniger monopolistische Wirkung ausüben können. In diesem Sinne sind die Trusts eine Weiterbildung der Kartelle und zeigen ihre Wirkungen und Gefahren noch in verstärktem Maße.

3. Öffentliche Kontrolle.

Die Aufgaben des Staates bestehen hier — und dies gilt für alle großen Unternehmungen, welche andere kontrollieren — in der Sorge für eine größere Öffentlichkeit in der Geschäftsführung und Verwaltung derartiger Betriebe. In diesem Sinne ist bisher noch fast gar nichts geschehen und liegt eine sehr dringende Aufgabe vor. Namentlich muß für eine größere Klarheit der Bilanzverhältnisse gesorgt werden, welche den weiten Kreis der kontrollierten Unternehmungen erkennen läßt. Die Wirksamkeit von Vertrauensleuten der Arbeiter und Angestellten der Betriebe im Aufsichtsrat wie im Betriebsrätegesetz vorliegt, kann auch in diesem Sinne wirken.

4. Staatliche Maßnahmen.

Die Zusammenfassung mehrerer Unternehmungen in einem Trust ist rechtlich nicht gleich dem Kauf nach Verstaatlichung. Denn es muß auch nachgewiesen werden, daß der betreffende Unternehmer aus irgendwelchen Gründen gezwungen ist, was wenigstens, was technische Umwälzungen, Korruptionsbedingungen und dergleichen eine große Rolle spielen, nicht überall jetzt der Fall ist. Wohl aber ist es eine höchst wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß die Erträge dieser großen Unternehmungen auch einer möglichst großen Zahl von Personen zugute kommen, und daß nicht, wie in Amerika, eine kleine Zahl von Großkapitalisten, welche die

Trusts kontrollieren, sich aus den Einkommenssteuern, die sie mit ihnen vornehmen, ungenügend bereichern. Die finanziellen Mißbräuche bei der Gründung und Verwaltung solcher großer Unternehmungen sind zwar bei uns in viel geringerem Umfange aufgetreten als in Amerika, aber auch bei uns ist größere Aufmerksamkeit der Geschäftsführung die Voraussetzung dafür, daß sich möglichst weite Kreise an den Erträgen der großen Unternehmungen beteiligen können und die Einkommensverteilung damit eine gleichmäßigere wird.

(Diesen orientierenden Artikel entnehmen wir der Karlen-Ausgabe für Betriebsräte Stuttgart, die wir wegen ihrer objektiven Darstellungen der Wirtschaft- und Betriebsratsfragen unserer Kollegen sehr empfehlen. Die Schrift.)

*) dem Verfassen und Verändern von Werbepapieren.

Rundschau

Eine Betriebsrätekonferenz

Frankfurt am Main, dem 13. II. 1921. Die Verwaltungsverbandes bei Benjamin in Siegburg. Die überaus wohl beschickte Konferenz wurde gegen 9.30 morgens durch den Vorsitzenden, Kollegen Franz Schürmer, eröffnet. Derselbe hielt die Eröffnungsrede herzlich willkommen und machte die Tagesordnung bekannt. Dann erteilte er dem Vorsitzenden, dem Kollegen Hebborn aus Solingen, das Wort. Dieser behandelte dann in einem nahezu zweistündigen Vortrage die wichtigsten Punkte des Betriebsrätegesetzes. Er wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, daß schon seit dem Jahre 1848 Bestrebungen sich geltend machten, eine Vertretung der Arbeiter in den Betrieben zu errichten. Das Gelingen, was erreicht werden konnte, seien die faktischen Arbeitervereine gewesen, die von der Gnade des Arbeitgebers abhängig waren. Ein weiterer Schritt waren die im Stillschließungs- und 1916 vorgelebten abstrakten Arbeitervereine. Nachdem nun unter schweizerischen Mediation das Betriebsrätegesetz endlich geschaffen, sei es eine Pflicht der Arbeitnehmer, daß das Gesetz zum Wohle beider Teile durchzuführen werde.

Zu diesem Zweck sei es unbedingt notwendig, daß sich die Kollegen mehr wie bisher mit dem Gesetze bekannt machten. Er leitete dann an Hand des Gesetzes die wichtigsten Paragraphen in ihrer praktischen Wirkung aus. Am Anfang an diesen Vortrag schloß eine lebhafte Diskussion ein, in welcher die anwesenden Betriebsräte eine Reihe von Fragen aus der tatsächlichen Erfahrung zur Debatte stellten. Nachmittags wurden die Verhandlungen fortgesetzt und die aufgeworfenen Fragen von den Kollegen Schürmer und Hebborn beantwortet.

Der Kollege Hebborn schloß zum Schluß die ganze Materie nochmals zusammen und erklärte die Sache unter besonderer Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse. Kollege Schürmer sprach dann das Fazit aus den ganzen Verhandlungen, indem er die Kollegen ermunterte, bestrebt zu sein, daß sie an den Kollegen selbst, wenn das Gesetz den Zweck erfüllen sollte, für den es geschaffen sei. Er wies vor den Versuchen, die heute von kommunistischer Seite gemacht würden, das Betriebsrätegesetz zu mißbrauchen.

Nachdem von den Führern der beiden Ortsvereine den Referenten für ihre lehrreichen Ausführungen der Dank der Teilnehmer ausgesprochen wurde, wurde die Sitzung von dem Kollegen Schürmer geschlossen.

*

Der hereinfallene rote Betriebsrat.

Eine besondere Art Arbeiterinteressen zu vertreten, scheint bei einigen sozialistischen Mitgliefern des Betriebsrates der Niedersächsischen Kraftwerke in Hbbenbüren zu bestehen.

Bereits im April v. J. beantragten diese Leute ihre „sozialistische“ Tätigkeit damit, daß sie die Arbeiterklasse in demokratischer Weise verstanden und ins Lager des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes heimzuführen. Dies geschah erst zu einer Zeit, in welcher der Christl. Metallarbeiterverband einen Kampf um Anerkennung des damals gerade abgeschlossenen Tarifs der Rheinisch-Westfälischen Gas-, Wasser- und Elektr. Werke für das vorgenannte Werk führte. Mit Hilfe zweier sozialdemokratischer Vorkämpfer verhielten sie die Arbeiterklasse damit zu lockern, daß ihre Interessen besser durch den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wahrgenommen würden. Bald jedoch stellte sich heraus, daß die Arbeiterklasse irre geführt war. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband verzichtete flugs auf die Anerkennung des Tarifvertrages und schloß einen Sondertarif für Hbbenbüren ab. Auch später kam man, wie in diesem Falle, gern dem Wunsch der Werkleitung, die die Löhne des Rheinisch-Westfäl. Tarifes als zu hoch empfand, nach, und erkannte die Geltung des Niedersäch. Vertrages an. Von einem Teile der Arbeiterklasse wurde die hierdurch herbeigeführte Schädigung ihrer Interessen recht bald erkannt und sie schickten sich zum Christl. Metallarbeiterverband zurück. Doch den obengenannten Betriebsratsmitgliedern war es nicht genug, die Arbeiterklasse irre geführt zu haben, sie verhielten nun auch unter Anwendung der schäblichsten Mittel, die zur Erkenntnis gekommenen Arbeiter vom Uebertritt zum Christl. Metallarbeiterverband abzuhalten. Jedoch alle angewandte Kraft half nichts. Nach mehrmaligen, vergeblichen Versuchen rafften sich doch eine Anzahl denkender Arbeiter auf, um ihren Entschluß zur Durchführung zu bringen.

Gestützt durch den Kollegen Buchmann, der mit einigen Meutern, trotz aller Hebe, dem Christl. Bauarbeiterverband treu verblieben, vollzogen sie in einer Versammlung in Hbbenbüren den Uebertritt zum Christl. Metallarbeiterverband.

Schwer erhoht war man jetzt im Genossenschafts-Lager, als ein von diesen entlassener Forscher den Tatbestand berichtete. Nicht sollte ein solches Vorgehen statuiert werden. Hatte doch der Führer der Christlichen in der Versammlung dem Betriebsrat den Vorwurf gemacht, daß er parteiisch sei. Der Genosse Gross, Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, strengte Klage beim Schlichtungsausschuß in Münster, auf Grund des § 39 des Betriebsrätegesetzes, an. Er, als Lehrer der sozialdemokratischen Betriebsrätelehre, wollte auf Grund des Betriebsrätegesetzes der Kollegen Buchmann verdonnert sehen.

Doch, o wach, vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses mußte er sich trotz allen Straßens behörden lassen, daß der § 39 V. R. G. eine andere Bedeutung habe. So mußte er sich, trotz eines vorerwähnten Scheiterns, mit der Behauptung abfinden, wurde also an das Amtsgericht Hbbenbüren. Doch hier wurde die Klage nur noch größer. Unter Eid legten mehrere Zeugen aus, daß sie durch Verhörunge und Drohungen niedriger Art in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gezwungen waren. Der amtlich organisiert ist, kann hingegen von dristlichen Brot bezogen wird, auf der Zentrale ist für solche kein Platz, so und anders wurde den Kollegen selbst von Betriebsratsmitgliedern zugeordnet. So geschah es denn, daß das Gericht die Wahrheitsbeweis für die Behauptung des Kollegen Buchmann als erbracht ansah und zu einer Freisprechung des Lehren kam.

*) des Besitzes der Werbepapier, besonders der Aktien.